

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

**zu dem Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE
und der Fraktion der CDU
– Drucksache 16/5609**

**zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/5628**

**zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP
– Drucksache 16/5629**

Weißbuch zur Zukunft Europas

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,
festzustellen,

1. dass das im März 2017 vorgelegte Weißbuch von Kommissionspräsident Juncker in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und auch in Baden-Württemberg eine breite öffentliche Debatte über die künftige Entwicklung der Europäischen Union angestoßen hat und der Ausschuss für Europa und Internationales des Landtags von Baden-Württemberg mit seiner durch den Ausschussvorsitzenden initiierten Veranstaltungsreihe zum Weißbuch und den Diskussionen in den Fachausschüssen des Landtags einen gewichtigen Beitrag für diese Debatte geleistet hat;
2. dass das Europa-Leitbild der Landesregierung, in das die Ergebnisse des vom Ministerium der Justiz und für Europa und dem Staatsministerium 2018 durchgeführten Dialogprozesses mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Expertengremien zur Zukunft Europas eingeflossen sind, eine gute Grundlage ist, um die Interessen und europapolitischen Leitsätze des Landes in Brüssel einzubringen und auch im Land selbst unmittelbar umzusetzen;
3. dass die Europäische Union als Werteunion der Achtung der Menschenwürde, der Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Minderheiten, der Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet ist und ihre Mitgliedstaaten diese Werte uneingeschränkt zu achten haben;

4. dass das Land Baden-Württemberg sich dafür einsetzt, dass die Zuständigkeiten der Europäischen Union bei Fragen von europäischer und globaler Dimension – vor allem in den Bereichen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Migrationspolitik, soziale Gerechtigkeit sowie Klima- und Energiepolitik durch eine Ausweitung des europäischen CO₂-Zertifikatehandels – gestärkt werden; dabei ein „Mehr an Europa“ angestrebt werden sollte, wo dies möglich ist, und ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“, wo ein gemeinsames „Mehr“ noch nicht möglich ist;
5. dass die Europäische Union nach dem Prinzip der Subsidiarität von unten nach oben aufgebaut ist und Gemeinden, Städte, Landkreise und Regionen als bürgernächste Einheiten bei Zielen, die diese selber ausreichend erreichen können, genügend Gestaltungsspielraum erhalten sollen;
6. dass bei einer vertieften Zusammenarbeit einzelner Mitgliedstaaten in bestimmten Bereichen, die nach EU-Vertrag bereits heute möglich ist und vom Landtag unterstützt wird, die demokratische Rückbindung an die Mitgliedstaaten und die nationalen Parlamente entsprechend der Verfasstheit der Mitgliedstaaten gewährleistet werden muss, um die Akzeptanz und den Erfolg des europäischen Projekts zu befördern.

13. 02. 2019

Die Berichterstatterin:

Dorothea Wehinger

Der Vorsitzende:

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales behandelte öffentlich den als *Anlage* beigefügten Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP zu den Entschließungsanträgen Drucksachen 16/5609, 16/5628 und 16/5629 in seiner 26. Sitzung am 13. Februar 2019.

Vorsitzender Willi Stächele wies darauf hin, durch diesen gemeinsamen Entschließungsantrag würden die Entschließungsanträge Drucksachen 16/5609, 16/5628 und 16/5629 hinfällig.

Er stellte fest, der Ausschuss habe sich darauf verständigt, die Aussprache im Rahmen der Plenardebatte über das Weißbuch zur Zukunft Europas zu führen.

Ohne weitere Aussprache empfahl der Ausschuss mit großer Mehrheit dem Plenum, dem als *Anlage* beigefügten Entschließungsantrag zuzustimmen.

14. 03. 2019

Wehinger

Anlage**Landtag von Baden-Württemberg
16. Wahlperiode****Entschließungsantrag****der Fraktion GRÜNE,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP/DVP****zu dem Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE
und der Fraktion der CDU
– Drucksache 16/5609****zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/5628****zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP
– Drucksache 16/5629****Weißbuch zur Zukunft Europas**

Der Landtag wolle beschließen,
festzustellen,

1. dass das im März 2017 vorgelegte Weißbuch von Kommissionspräsident Juncker in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und auch in Baden-Württemberg eine breite öffentliche Debatte über die künftige Entwicklung der Europäischen Union angestoßen hat und der Ausschuss für Europa und Internationales des Landtags von Baden-Württemberg mit seiner durch den Ausschussvorsitzenden initiierten Veranstaltungsreihe zum Weißbuch und den Diskussionen in den Fachausschüssen des Landtags einen gewichtigen Beitrag für diese Debatte geleistet hat;
2. dass das Europa-Leitbild der Landesregierung, in das die Ergebnisse des vom Ministerium der Justiz und für Europa und dem Staatsministerium 2018 durchgeführten Dialogprozesses mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Expertengremien zur Zukunft Europas eingeflossen sind, eine gute Grundlage ist, um die Interessen und europapolitischen Leitsätze des Landes in Brüssel einzubringen und auch im Land selbst unmittelbar umzusetzen;
3. dass die Europäische Union als Werteunion der Achtung der Menschenwürde, der Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Minderheiten, der Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet ist und ihre Mitgliedstaaten diese Werte uneingeschränkt zu achten haben;
4. dass das Land Baden-Württemberg sich dafür einsetzt, dass die Zuständigkeiten der Europäischen Union bei Fragen von europäischer und globaler Dimension – vor allem in den Bereichen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Migrationspolitik, soziale Gerechtigkeit sowie Klima- und Energiepolitik durch eine Ausweitung des europäischen CO₂-Zertifikatehandels – gestärkt werden; dabei ein „Mehr an Europa“ angestrebt werden sollte, wo dies möglich ist, und ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“, wo ein gemeinsames „Mehr“ noch nicht möglich ist;

5. dass die Europäische Union nach dem Prinzip der Subsidiarität von unten nach oben aufgebaut ist und Gemeinden, Städte, Landkreise und Regionen als bürgernächste Einheiten bei Zielen, die diese selber ausreichend erreichen können, genügend Gestaltungsspielraum erhalten sollen;
6. dass bei einer vertieften Zusammenarbeit einzelner Mitgliedstaaten in bestimmten Bereichen, die nach EU-Vertrag bereits heute möglich ist und vom Landtag unterstützt wird, die demokratische Rückbindung an die Mitgliedstaaten und die nationalen Parlamente entsprechend der Verfasstheit der Mitgliedstaaten gewährleistet werden muss, um die Akzeptanz und den Erfolg des europäischen Projekts zu befördern.

13. 02. 2019

Frey, Bogner-Unden, Manfred Kern, Maier,
Saebel, Andreas Schwarz, Wehinger GRÜNE

Köbler, Felder, Gramling, Huber, Nemeth, Stächele CDU

Hofelich, Fink, Wölfle SPD

Dr. Schweickert, Karrais FDP/DVP